

NACHRICHTEN

Asiens Börsen: 2000 mit Höhenflug begrüsst

SINGAPUR: Asiens Börsen haben das neue Jahrtausend am Montag ohne Computerprobleme, dafür aber mit einem Höhenflug begrüsst. Besonders steil stiegen die Kurse an den Börsen in Singapur, Hongkong und Kuala Lumpur. Neben dem erstarkten Vertrauen der Anleger in die asiatischen Märkte führten Händler vor allem die Erleichterung über das Ausbleiben von Jahr-2000-Problemen als Gründe für die teilweise deutlichen Zuwächse an. Die Börse in Tokio war wegen eines Feiertags geschlossen und nimmt den Handel erst wieder am Dienstag auf. In Singapur kletterte der Straits-Times-Index um 4,17 Prozent oder 103,36 Punkte auf seinen bislang höchsten Stand von 2 582,94 Zählern, wobei vor allem Standardwerte und Bankentitel gefragt waren. «Man muss ein bisschen vorsichtig sein, wenn der Markt auf solch einem Niveau ist», meinte Händler Sheree Tan. «Dann ist da noch die Sorge, wie es an der Wall Street weitergehen wird.» Der Hang-Seng-Index in Hongkong erreichte ebenfalls ein neues Allzeithoch mit einem Zuwachs um 2,4 Prozent oder 407,53 Punkte auf 17 369,63 Zähler. Auch hier führten Analysten die Zuwächse auf den technisch problemlosen Sprung ins neue Jahrtausend zurück. Viele Anleger hätten mit ihren Käufen bis zum Montag gewartet, hiess es. Der Sammelindex der Börse in Kuala Lumpur verbuchte kräftige Gewinne von 2,7 Prozent und lag zum Handelsschluss bei 833,89 Punkten. Händler sahen den Grund für das Plus in den positiven Vorgaben anderer Aktienmärkte der Region. Zudem seien die in Kuala Lumpur gehandelten Titel derzeit vergleichsweise billig. Allein in Manila gaben die Kurse leicht nach. Dort schloss die Börse mit Verlusten nach Gewinnmitnahmen von 0,06 Prozent bei 2144,77 Punkten.

Mehr Umsatz bei Hyundai und Daewoo

SEOUL: Der südkoreanische Autohersteller Hyundai Motor hat im vergangenen Jahr seinen Absatz um mehr als 40 Prozent gesteigert. Insgesamt seien 1,27 Millionen Fahrzeuge verkauft worden, erklärte der Konzern am Montag. Der Export sei vor allem durch die stärkere Nachfrage in den USA um 22,5 Prozent auf 700 961 Fahrzeuge gestiegen. Im Inland habe man 570 510 Fahrzeuge und damit 70 Prozent mehr als 1998 verkauft. Hyundai Motor-Chef Chung Mong-koo erklärte, Ziel sei es, zusammen mit der Schwesterfirma Kia Motors im Jahr 2000 rund 2,76 Millionen Fahrzeuge abzusetzen. Auch der südkoreanische Autohersteller Daewoo Motor Co Ltd verkaufte 1999 mehr Fahrzeuge. Der Absatz sei um 5,4 Prozent auf 945 572 Autos gestiegen, teilte das Unternehmen am Montag in Seoul mit. Die Ausfuhren hätten dagegen im Vergleich zum Vorjahr um 8,6 Prozent auf 605 812 Fahrzeuge abgenommen. Die überschuldete Daewoo Motor Co ist eine Tochtergesellschaft der angeschlagenen Daewoo Group. Die Gläubiger des Autoherstellers wollen das Unternehmen über eine Auktion bis Ende Juni 2000 verkaufen.

Riesige Absatzgewinne für VW und Audi

AUBURN HILLS: Volkswagen hat 1999 in den USA 315 563 Autos verkauft. Das war das beste Resultat seit 1974. Die Volkswagen of America hat damit 43,6 Prozent mehr Autos im amerikanischen Markt abgesetzt als 1998. Im Dezember 1999 legte VW gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 33,2 Prozent auf 23 903 Fahrzeuge zu. Dies hat die Volkswagen of America, die amerikanische VW-Tochter, am Montag in Auburn Hills (Michigan) bekannt gegeben. Der Beetle-Absatz stieg 1999 um nicht weniger als 49,4 Prozent auf 83 434 Stück. Es wurden 130 054 Jettas verkauft (plus 45,6 Prozent). Der Passat-Absatz erhöhte sich sogar um 73,5 Prozent auf 68 151 Autos. Audi verbuchte mit US-Auslieferungen von 65 959 Autos das beste Ergebnis seit 14 Jahren. Das Vorjahresergebnis wurde damit um 38,8 Prozent übertroffen. Alle Audi-Modelle stellten zu dem beeindruckenden Ergebnis bei. Das Audi TT-Coupe, das seit Mai auf dem US-Markt angeboten wird, war mit einem Absatz von 5139 Stück ein «heisser Renner». «Wir haben 1999 eine Erfolgswelle verbucht, und wir nähern uns dem 1985 aufgestellten Rekord». 1985 hatte Audi 74 061 Autos verkauft, ehe es zu einem jahrelangen Rückschlag kam. Audi lieferte im Dezember 6479 Autos im amerikanischen Markt aus. Das war ein neuer monatlicher Rekord, doch wurde das Resultat der Vorjahresvergleichszeit nur um 3,1 Prozent übertroffen.

CSG-Chef: Politik muss von Unternehmen lernen

Zehn Thesen von Lukas Mühleemann zum Standort Schweiz - Harsche Reaktionen

ZÜRICH: Die Schweiz sollte nach Ansicht von CSG-Konzernchef Lukas Mühleemann von Mythen Abschied nehmen und sich den harten Realitäten stellen. In zehn Thesen hat Mühleemann dargelegt, was die Politik von den Unternehmen lernen muss.

Er wolle eine Agenda für Politik und Wirtschaft zur Diskussion stellen, schreibt Mühleemann im Neujaars-Magazin des «Tages-Anzeigers». Diese Agenda müsse darauf ausgerichtet sein, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu erhalten und zu steigern.

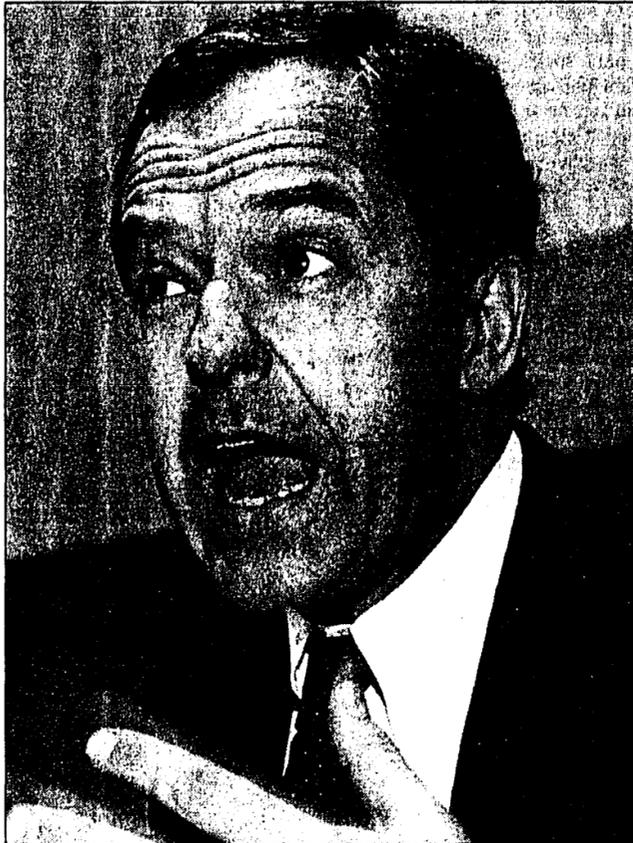
Politisches System ist überholt

In seiner ersten These übt der CSG-Chef Kritik am politischen System. Die Konkordanz-Demokratie mit eingebautem Kompromiss lasse im Bund die Durchsetzung einer klaren, liberalen Strategie nicht zu. Die Grenzen zwischen Regierung und Opposition verwischen. Die Wirtschaft werde dafür sorgen, dass der Wettbewerbsdruck auch in der Politik Einzug halte. Es müsse eine Diskussion über eine echte Staatsleitungsreform mit verstärkter präsidialer Führung und einem politisch homogeneren Kabinett in Gang kommen.

Die Zauberformel im Bundesrat müsse bei der nächsten Vakanz kritisch überprüft werden. Vernehmlassungen seien auf fundamentale Themen zu beschränken, die Möglichkeiten für Einsparungen zu verringern.

Vieles geht zu langsam

In der Schweiz gehe vieles zu langsam. Fehlentscheidungen würden nicht oder zu spät korrigiert, wie das Beispiel der Stempelsteuer zeige. Die Neutralität stehe auf dem Prüfstand. Die Schweiz sei in immer mehr Bereichen vom Ausland, vor



Die Thesen von CSG-Konzernchef Lukas Mühleemann werden teilweise mit harscher Kritik beantwortet. (Bild: Keystone)

dem von der EU, abhängig.

Vernetzung sei auch in der Politik unumgänglich. Die Schweiz sollte sich weiter in Europa integrieren, in WTO und UNO eine sichtbare Rolle spielen und den Abkommen von Schengen und Dublin zum freien Personenverkehr beitreten.

Schulen sind zu privatisieren ...

Die noch bestehenden Marktfesseln seien zu lösen. Die Wettbewerbskommission müsse härter durchgreifen können, der Preis-

überwacher sei abzuschaffen, die Staatsbetriebe müssten privatisiert und auf Überregulierungen verzichtet werden.

Den Mythos, die Schweiz stehe in der Spitze, relativierte Mühleemann. In zahlreichen Bereichen der Wirtschaft sei der Wettbewerb nach wie vor eingeschränkt, so etwa im Gesundheitswesen und im Buchhandel.

Gebäudeversicherungen, Kantonalbanken, Verkehr, Energieversorger, öffentlich-rechtliche Medien

und Schulen seien zu privatisieren. Die Wirtschaftsverbände müssten entbürokratisiert, das heisst gestrafft und deren Zahl verringert werden.

... und neue Technologien zu fördern

Mikroelektronik, Biotechnologie und Telekommunikation hätten einen zu geringen Stellenwert. Die Forschung verlagere sich ins Ausland. Mit klaren Schwerpunkten und einer Offensive in Schulen sowie einem Expo.02-Auftritt sei Gegensteuer zu geben. Die Ausbildung in neuen Technologien müsse gefördert werden, die Schulen seien ans Internet anzuschliessen. Es gelte Unternehmertum, Innovation und Risikofreude zu Schweizer Tugenden zu machen. Die bereits erhöhte Steuerbelastung dürfe nicht weiter steigen.

Schliesslich müsse die soziale Sicherheit auf eine langfristig tragfähige Basis gestellt werden. Das Musterland, für das sich die Schweiz immer noch halte, gebe es nicht mehr, so die zehnte These Mühleemanns. «Wir gelten als Aussenseiter». Die Schweiz müsse ein Kleinstaat mit internationaler Ausstrahlung werden.

Harsche Kritik als Antwort

Das provokative Thesenpapier Mühleemann stösst bei Politik und Gewerkschaften auf harsche Kritik. «Wir werden den Generalangriff auf den Sozialstaat Schweiz mit aller Kraft bekämpfen», wird SP-Fraktionschef Franco Cavalli im «SonntagsBlick» zitiert.

Ins gleiche Horn stösst Serge Gaillard, Zentralsekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Die ultraliberalen Ansichten Mühleemanns seien typisch für einen ehemaligen McKinsey-Manager. Für FDP-Präsident Franz Steinegger ist Mühleemanns Angriff auf die Volksrechte ein Ausdruck autoritärer Wunschräume.

Hoffnung in Russland

Putin muss sich als Reformler erst beweisen

MOSKAU: Der Machtwechsel im Kreml vom gesundheitlich geschwächten Boris Jelzin zum jungen und tatkräftigen Wladimir Putin hat in Russland und im Ausland die Hoffnungen auf frischen Wind für den wirtschaftlichen Reformkurs geweckt.

Dorothea Hülsmeier

Jedoch liegen die volkswirtschaftlichen Vorstellungen des ehemaligen Geheimdienstchefs weitgehend im Dunkeln. In seiner Amtszeit als Ministerpräsident hat Putin sich seit August mehr als Kriegsherr in Tschetschenien denn als Wirtschaftsmanager des krisengeschüttelten Riesenreiches hervor getan.

Wohl um Putin, den «Mann ohne Gesicht» an der Spitze des russischen Staats, etwas bekannter zu machen, liess die Regierung in den letzten Dezember-Tagen einen Aufsatz verbreiten, in dem der neue russische Hoffnungsträger erstmals seine Vorstellungen von politischen und wirtschaftlichen Reformen darlegte.

Starker Staat

Das Leitmotiv des Aufsatzes mit dem Titel «Russland an der Jahrtausendsschwelle» lautet: ein starker Staat. «Derzeit fordert die Situation von uns in grossem Mass staatliches

Einwirken auf die wirtschaftlichen Prozesse», schreibt Putin. Er meine damit natürlich nicht die Rückkehr zur Kommando-Wirtschaft.

Ohne ausländisches Kapital könne Russland den Aufschwung nicht schaffen. Die Investitionspolitik müsse staatlichen Einfluss und rein marktwirtschaftliche Elemente verbinden, heisst es in nebulöser Form weiter. Schattenwirtschaft und Kapitalflucht müssten durch Kontrolle der Sicherheitsbehörden bekämpft werden.

Bei den russischen Radikalreformen, die Putin bei der Parlamentswahl im Dezember unterstützten, löste der Rücktritt Jelzins jedenfalls Jubel aus. Der Moskauer Aktienmarkt reagierte mit kräftigen Gewinnen von 25 bis 30 Prozent. Der Chef des landesweiten grössten Stromkonzerns EES Rossii, Anatoli Tschubais, nannte Jelzins Schachzug «genial».

Berater Tschubais und Kirijenko

Tschubais, umstrittener Chef-Privatisierer in den Reformjahren zu Beginn der 90er Jahre sowie der Ex-Regierungschef Sergej Kirijenko, der infolge der schweren Finanzkrise im Sommer 1998 entlassen wurde, gelten nach Ansicht von Beobachtern als wirtschaftliche Berater Putins. Ob dieser aber radikalen Reformvor-

stellungen folgen wird, ist nach seinem Credo des starken Staats noch völlig unklar. Acht Jahre nach dem Beginn der Wirtschaftsreformen in Russland steht Putin vor einem Riesenberg von Problemen.

Zwar brachte das Jahr 1999 der russischen Wirtschaft zunächst neue Hoffnungen, weil der billige Rubel erstmals die Produktion ankurbelte und der gestiegene Erdölpreis die Staatsfinanzen sanierte.

Doch grundlegende Probleme wie die längst fällige Steuerreform, der bessere Schutz der Investorenrechte und der Umbau der staatlichen Monopolkonzerne sowie des Sozial- und Rentensystems wurden nicht begonnen.

Grosse Projekte unwahrscheinlich

Dass Putin vor der Präsidentenwahl Ende März grosse Reformprojekte angehen wird, gilt als unwahrscheinlich. Bekannt ist lediglich, dass in seinem Hintergrund seit Ende Dezember ein «Strategie-Zentrum» einen Reformplan für Russland in den nächsten zehn bis 15 Jahren ausarbeitet.

Internationale Kreditorganisationen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) in Washington reagierten zunächst zurückhaltend auf Putins Ernennung zum Interimspräsidenten.

Manager übernehmen Unternehmen

ZÜRICH: Immer mehr Unternehmen werden an das Management verkauft. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Management Buyouts in der Schweiz auf 48 gestiegen. 1998 war es gemäss einer Statistik der Schweizerischen Vereinigung für Unternehmensführung (SECA) 40. Die Rekordzahl von 60 Management Buyouts im Jahr 1997 sei 1999 allerdings nicht erreicht worden, hielt die SECA am Montag in einer Mitteilung fest. Zu den grössten Transaktionen im vergangenen Jahr zählten die Management Buyouts (MBO) bei Tornos-Bechler, Elca Informatik, RMB, Bally, MTF Holding und Pelikan Hardcopy, wie die Vereinigung weiter mitteilte. Da zur Finanzierung der MBO die Finanzmittel der Manager nicht immer ausreichen, seien in einigen Fällen auch Beteiligungsgesellschaften als Mitaktionäre eingestiegen. Als Private Equity Investoren in der Schweiz seien in den vergangenen Jahren Doughty Hanson (Geberit, Tornos-Bechler), Texas Pacific (Bally, Landis & Gyr, Communications) und CapVis (RMB, SIA, Saia Burgess) besonders aktiv gewesen. Das MBO wird immer beliebter. Der MBO-Vorkauf wird auf 20 Prozent geschätzt.